

## Beschlussprotokoll II

der 27. Sitzung des Bundesrates vom 9. Juli 1969

### I. Aussprachen

#### 1. Beschaffung neuer Erdkampfflugzeuge

Herr Gnägi verweist auf die umfangreiche Dokumentation, die er den Mitgliedern des Bundesrates ausgeteilt hat. Ein Entscheid ist im Rat vorderhand nicht zu treffen. Möglichst ohne Verzug sollte aber die Frage der Absage an die bei der Evaluation ausgeschiedenen Firmen überprüft werden. Wenn der Bundesrat dagegen ist, dass dies in seinem Namen geschieht, so sollte mindestens die Gruppe für Rüstungsdienste ermächtigt werden, von sich aus abzuschreiben, damit die ausgeschiedenen Firmen dies nicht aus der Presse erfahren. Die Militärdelegation des Bundesrates konnte sich damit einverstanden erklären. Auf Grund einer Frage von Herrn Schaffner konzentriert sich die Diskussion nun aber auf die Frage, ob überhaupt und gegebenenfalls in welchem Sinne die Presse informiert werden soll, die durch das EMD auf den Nachmittag des 9. Juli aufgeboten worden ist. Auf Grund einer eingehenden Aussprache, in deren Verlauf Vor- und Nachteile der vorgesehenen Information eingehend erwogen werden, kommt der Rat zum Schluss, dass ein Aufschub dieser Pressekonferenz zweckmässiger ist. Der Pressechef des EMD wird beauftragt, dies der Bundeshauspresse zur Kenntnis zu bringen, und der Herr Bundeskanzler wird ermächtigt, der Presse im Rahmen der ordentlichen Konferenz nach der Bundesratssitzung eine Erklärung für diesen Aufschub zu geben.

#### 2. Neue Finanzordnung (Fortsetzung)

Der Rat nimmt von einer kurzen ergänzenden Orientierung des Chefs des FZD über das Ergebnis der Prüfung von offen gebliebenen Fragen Kenntnis. Herr Celio verweist im übrigen auf eine Eingabe der Fédération horlogère zur Mehrwertsteuer, die zu einer politisch unerwünschten Ausweitung der Diskussion führen könnte. Ferner ist ihm eine Eingabe zum Problem der Besteuerung der juristischen Personen zugegangen, worin der vorgesehenen Aufhebung der Rabatte opponiert wird. Die Begründung, die dafür vorgebracht wird, ist aber nicht stichhaltig. - Der Rat erwartet nun den Entwurf des FZD zu einer Botschaft und zu einem Beschlussesentwurf, bei deren Behandlung die definitiven Entscheide getroffen werden sollen.

#### 3. Integrationsproblem

Der Chef des EVD, Herr Schaffner, orientiert den Rat ausführlich über unsere derzeitige Politik gegenüber der EWG-Kommission. Er hält fest, dass der Szenenwechsel in Frankreich wohl eine Stiländerung in der französischen Politik nach sich



ziehen wird, materiell aber keine grundlegenden Änderungen zu erwarten sind. Andererseits ist immer wieder zu unterstreichen, dass auch die englischen Begehren für einen Eintritt in die EWG nicht voll zu nehmen sind, da sich die englische Regierung durchaus bewusst sein muss, dass die Mitgliedschaft für sie wirtschaftlich untragbare Konsequenzen hätte. Man muss sich nun aber in Brüssel generell über die eigene Zukunft schlüssig werden. Zur Diskussion stehen die verschiedensten Varianten, einschliesslich eines Europa der Zehn oder gar der Elf. Die Schweiz wird im Verlaufe der nächsten Zeit unbedingt ihr lebhaftes Interesse an allen Erweiterungs-gesprächen der EWG dartun müssen. Da wir zu den besten Kunden der EWG gehören, ist die Ausgangslage dafür gar nicht schlecht. Von unerwartet grossem Erfolg begleitet war die Annäherung, die wir in den letzten Monaten an Holland versucht haben. Es wurden nun regelmässige Gespräche in Aussicht genommen. Recht sensationell wirkte die Bereitschaft Hollands, alles in die Wege zu leiten, um um die EWG herum eine Freihandelszone zu schaffen. Welche Rolle die Schweiz dabei spielen soll, muss noch vorsichtig geklärt werden. Zusammenfassend stellt der Chef des EVD fest, dass wir im Moment, da ein Neuüberdenken der Handelspolitik in Europa in Angriff genommen wird, grösste Mobilität bewahren müssen. Der Bundesrat wird, sobald die ständige Wirtschaftsdelegation sich mit der Sache befasst hat, vom EVD einen umfassenden Bericht zu diesen Problemen erhalten. - In der Diskussion stellt Herr Spühler fest, dass die Idee des Vertrages von Rom, wonach der wirtschaftliche Automatismus automatisch zu einer politischen Union führen werde, endgültig als überholt betrachtet werden muss. Heute stehen alle Varianten der Integration, im weitesten Sinne dieses Wortes genommen, wieder zur Diskussion. Es zeichnen sich heute rein wirtschaftliche Möglichkeiten ab, die der Schweiz ein intensives Mitwirken eröffnen. Je mehr das politische Element aus der Diskussion verschwindet, umso besser ist die Ausgangslage für unser Land. Die Arbeitsgruppen, die sich mit den verschiedenen Problemen der Integration befassen, sollten deshalb in nächster Zeit ihre Studien möglichst vertiefen. - Auf eine Anfrage von Herrn Bundespräsident von Moos äussern sich die Herren Schaffner und Spühler über unser Verhältnis zu Deutschland, namentlich zum deutschen Aussenministerium. Die Möglichkeiten eines besseren Kontaktes mit Bonn sollen weiter geprüft werden.

#### 4. Atomsperrvertrag

Herr Spühler hat dem Rat unter dem Datum des 26. Juni ein umfangreiches Dokument vorgelegt, das zu folgenden Schlüssen kommt:

1. Unterzeichnung des Vertrages - Versehen mit der Erklärung, dass wir ihn erst dann dem Genehmigungsverfahren unseres Parlaments unterstellen, wenn uns der Universalitätsgrad als genügend erscheint, um das Vertragsziel zu erreichen - zu Beginn des kommenden Herbstes, sofern keine Veränderungen der internationalen Lage dazwischentreten;

2. Ratifikation des Vertrages nach Erfüllung der von uns hiefür gesetzten Bedingung.

Herr Spühler hält dafür, dass Wissenschaft und Forschung durch die Unterzeichnung des Vertrages unsererseits nicht gestört werden. Die Kontrollen, die in Kauf genommen werden müssen, sind im übrigen nicht besonders streng - wie schon bis anhin. Herr Tschudi unterstreicht das Interesse seines Departements aus dem Gesichtspunkt der Wissenschaft. Er kommt aber ebenfalls zum Schluss, dass dem weiteren Vorgehen im Sinne des Antrages des EPD zugestimmt werden kann. Auch Herr Bonvin stimmt zu, macht aber darauf aufmerksam, dass andere Staaten, wie namentlich Israel, Frankreich und Italien über eigene Bodenschätze (Mineralien) verfügen, die nicht der Kontrolle unterliegen und ihnen damit eine grössere Bewegungsfreiheit lassen. Herr Gnägi hegt gegenüber der Unterzeichnung vom militärischen Standpunkt aus Bedenken. Ueber die Frage der allfälligen Beschaffung von Atomwaffen ist noch kein definitiver Entscheid gefallen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Schweiz gewissermassen im Alleingang jetzt unterzeichnen soll. Auch bei einer Trennung des Verfahrens, wie das EPD beantragt, sind wir doch weitgehend gebunden. Die Ereignisse im Verlaufe des letzten Jahres sprechen aber doch eher für eine gewisse Zurückhaltung. Herr Celio kann die militärischen Bedenken von Herrn Gnägi nicht teilen. Eine Bewaffnung unserer Armee mit Atomwaffen auf Grund einer eigenen Entwicklung kommt aus Kostengründen im vorneherein nicht in Frage. Zudem stellt sich das grosse Problem der Verwendung solcher Waffen im Ernstfall mit Rücksicht auf die Bevölkerung. Eine andere Situation hätten wir, wenn es einmal dazu käme, dass Atomwaffen frei gekauft und verkauft werden können. Soweit sind wir aber noch lange nicht. Politisch ist einzig mit der relativ raschen Unterzeichnung, wie sie das EPD vorschlägt, etwas herauszuholen. Man sollte deshalb damit nicht allzu lange zuwarten. Herr Schaffner hält dafür, dass wir um die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages nicht herumkommen - und warten nützt uns nichts. Wenn wir jetzt unterschreiben, holen wir damit wenigstens noch etwas heraus. - Der Vorsitzende stellt fest, dass der Rat damit den Schlussfolgerungen und Anträgen des Politischen Departements zugestimmt hat. Im Herbst soll eine weitere Aussprache stattfinden, worauf vom EPD ein formeller Antrag zu stellen ist.

5. Verleihung von Ministertiteln

Im Zusammenhang mit der Verleihung des Titels eines bevollmächtigten Ministers ad personam an Herrn Vizedirektor Bühler von der Handelsverwaltung hält Herr Spühler fest, dass er diesem Beschluss nur unter der Bedingung zustimmt, dass dieser Titel - auf Grund eines noch zu stellenden formellen Antrages des EPD - auch jenen stellvertretenden Abteilungschefs des Politischen Departements zuerkannt wird, deren Vorsteher der Titel eines Botschafters führt. Der Rat erklärt sich damit einverstanden.

## II. Umfrage

### Herr Tschudi

- gibt bekannt, dass er eingeladen worden ist, an der Feier zum 50-jährigen Bestehen der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Wallis am 14. September in Sitten eine Ansprache zu halten. Entspricht dies den Richtlinien über die Teilnahme von Bundesräten an politischen Anlässen? Der Rat stellt fest, dass die Mitglieder des Bundesrates ausschliesslich in den Versammlungen der Parteien ihres Heimatkantons teilnehmen. Herr Tschudi sollte deshalb die Einladung nach Sitten nicht annehmen.

### Herr Spühler

- informiert den Rat über die Vorsprache des Prinzen von Liechtenstein, der die Frage unterbreitete, ob Liechtenstein inskünftig nicht eine selbständige EFTA-Delegation bestellen könnte. EPD und EVD werden die Angelegenheit prüfen und dem Bundesrat Bericht erstatten;
- teilt mit, dass unser Beobachter in New York angefragt worden ist, ob die Schweiz eventuell bereit wäre, die Wahrung der Interessen bestimmter Drittstaaten in Rhodesien zu übernehmen. Das Politische Departement ist der Meinung, dass diesen Gesuchen nicht entsprochen werden sollte, da es sich bei Rhodesien um einen Sonderfall handelt. Der Rat stimmt dieser Auffassung zu;
- gibt dem Rat Kenntnis von einem Begehren von Herrn Monnier (Leiter der Sammelaktion für die Bekämpfung der Lepra) der zu den vom Bundespersonal gesammelten 1 1/4 Mio Franken einen Zuschuss des Bundesrates möchte. Es wird beschlossen - wie bei der ersten Sammlung dieser Art - einen Bundesbeitrag von Fr. 5'000.- zu Lasten des Kredites Unvorhergesehenes zu sprechen;
- teilt mit, dass die Vereinigte Arabische Republik am 10. Juli 1969 die DDR diplomatisch anerkennen werde. Dieser Entscheid wird etwelche Konsequenzen haben;
- gibt dem Rat Kenntnis von einer Einladung, die ihm der finnische Botschafter für einen Besuch nach Helsinki übermittelt hat. Er gedenkt diese Einladung anzunehmen, den Besuch aber auf später einmal zu verschieben.

- 5 -

Herr Schaffner

- teilt dem Rat mit, dass der russische Aussenhandelsminister sondieren liess, wie ein Besuch in der Schweiz aufgenommen würde. Entsprechend dem Antrag des Chefs des EVD stellt der Rat fest, dass solch einer Einladung nichts entgegensteht;
- teilt mit, dass er ebenfalls einer früheren Einladung folgend, gelegentlich Finnland einen Besuch abzustatten gedenke;
- verweist darauf, dass er am Auslandschweizertag, an den ihn der Rat delegiert hat, voraussichtlich in den Ferien sein werde. Der Rat nimmt zustimmend davon Kenntnis, dass der Chef des EVD einen seiner Chefbeamten delegieren wird.

Herr Bonvin

- gibt Kenntnis davon, dass am 20. August 1969 der holländische Verkehrsminister Kaiser ihm einen Besuch in der Schweiz abstaten werde.

Herr Gnägi

- orientiert über die Probleme der Schaffung eines KP des Bundesrates in Bern oder in der Umgebung von Bern. Der Rat beschliesst, die Angelegenheit durch die Militärdelegation und die Evakuationskommission weiter abklären zu lassen.

Herr Bundespräsident von Moos

- gibt dem Rat Kenntnis von einer Eingabe des Regierungsrates des Kantons Freiburg, der - zusammen mit Parlamentariern dieses Kantons - eine Aussprache mit einer Delegation des Bundesrates über den Standort der automatischen Postcheckzentrale wünscht. Der Rat beschliesst, dass Herr Bonvin und ein weiteres Mitglied des Bundesrates die Delegation des Kantons Freiburg empfangen sollen, sobald das Problem etwas besser geklärt ist;
- stellt das Problem des Exportes von Uhrenbestandteilen zur Sprache, die auch für die Herstellung von Artilleriemunition verwendet werden können. Handelt es sich in solchen Fällen um Kriegsmaterial? Der Rat überweist das Geschäft den drei mit der Ausfuhrbewilligung für Kriegsmaterial beschäftigten Departementen zur Bearbeitung. (Der Bundeskanzler erstellt zu diesem Fall eine ergänzende Notiz zu den Akten);
- verweist auf ein Exposé der Bundeskanzlei über die im verlaufe des Jahres 1970 zur Abstimmung gelangenden Vorlagen und die möglichen Daten. Der Rat stimmt den Ueberlegungen der Bundeskanzlei grundsätzlich zu, lässt aber die Möglichkeit noch offen, die Abstimmung über den Verfassungsartikel betreffend das Frauenstimmrecht auf das Jahr 1971 zu verschieben.

10.7.1969 Br/Ba

BUNDESKANZLEI